

Blaue Wahlkreispost

www.mario-beger.de

Die Migration hat Deutschland verändert. Die politischen Entscheidungen der Ampelregierung, gerade in Bezug auf die illegale Masseneinwanderung, gefährden den Wohlstand der Bevölkerung und beschleunigen den Niedergang unseres Landes.

Die Propagandalüge von einreisenden Fachkräften zur Rettung des Rentensystems wurde längst entlarvt. Leistungserbringer verlassen Deutschland, während Leistungsbezieher die Sozialsysteme überfluten. Diese verheerende Politik macht Deutschland zum Geldautomaten, zur Sozialbehörde und – seit dem Beginn des Ukrainekrieges – zum Versorgungslager für andere Länder. Das führt dazu, dass der deutsche Steuer-Michel noch mehr ausgepresst und Sozialleistungen für Einheimische gekürzt werden.

Nur die Migrationskosten werden nicht gekürzt. Deren genaue Höhe, von seriösen Ökonomen bereits 2018 auf etwa 50 Milliarden Euro jährlich geschätzt, bleibt im Dunkeln. Noch weniger erfährt man über die tatsächlichen wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Folgekosten für die Einheimischen.

In Sachsen ist die Kriminalität durch ausländische Täter heute drei- bis viermal höher als vor zehn Jahren, wobei Ausländer im Durchschnitt siebenmal häufiger straffällig werden als Einheimische. Eine Anfrage der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag ergab, dass die Zahl ausländischer Tatverdächtiger seit 2010 von 11,2 auf 35,2% angestiegen ist, bei Mord- und Totschlagsdelikten sogar von 8,5 auf 42,3% und bei Sexualdelikten von 8,7 auf 30,7%.

Alarmierend ist, dass gegenwärtig 1.332 ausländische Intensivtäter in Sachsen leben, nur 289 von ihnen befinden sich in Haft, 217 sind zur Festnahme ausgeschrieben und lediglich 42 Mehrfach-Intensivtäter (MITA) wurden bisher 2023 abgeschoben. Die Hauptherkunftsländer dieser Intensivtäter sind Syrien (197), Tunesien (185), Libyen (137), Georgien (134) und Afghanistan (102) – bis auf Georgien allesamt Länder, die dem islamischen Kulturkreis angehören. Obwohl Sachsens Innenminister Schuster beschleunigte Abschiebungen ankündigte, zeigt seine Bilanz lediglich eine Abschieberate von drei Prozent der ausländischen Intensivtäter. Spätestens seit im Juli ein



Somalier in Dresden einen Mann in der Straßenbahn erstach und in Görlitz eine Gruppe von 20 Syrern, Irakern und Libanesen brutal eine Abiturfeier attackierte, stellt sich die Frage: Kann die Staatsregierung die Sicherheit in Sachsen noch gewährleisten? CDU-Ministerpräsident Kretschmer kommentierte einen Vorfall in Bernsbach, bei dem ein Afghane einen Lokführer verprügelte: „Flüchtlingsstatus für so eine Person? Da sind wir eigentlich der Meinung, dass das nicht richtig ist.“ (lt. SZ vom 27.11.2023 verhängte der Jugendrichter eine Haftstrafe von zwei Jahren, zur Bewährung ausgesetzt, gegen den Afghanen). Doch einmal mehr erwies sich Kretschmer als politischer Schaumschläger. Während er gern mit erhobenem Zeigefinger die Bundespolitik kommentiert, vernachlässigt er in Sachsen die Asylaufgaben und könnte doch als Verantwortlicher die Zahl illegaler Migranten im eigenen Bundesland reduzieren.

Versprochene Grenzkontrollen zur Eindämmung der illegalen Masseneinwanderung bleiben aus, während gleichzeitig 15.000 Ausreisepflichtige großzügig mit Bargeld und Wohnraum versorgt und die Abschiebung von Asyl-Intensivtätern nicht umgesetzt werden.

Die AfD ist die einzige Partei, die dem Asyl-Wahnsinn entgegentritt! Mit unserem Antrag im Landtag „Butterbrot statt Bargeld“ setzen wir uns dafür ein, dass anstelle von Geldleistungen nur noch lebenswichtige Sachleistungen für Asylbewerber gewährt werden. Viele Asylbewerber würden dann wahrscheinlich einen Bogen um Sachsen machen.

Unser Grundgesetz besagt eindeutig: Wer aus einem sicheren Staat kommt, hat in Deutschland kein Asylrecht. Tschechien und Polen sind sichere Staaten. Daher fordern wir konsequente Grenzkontrollen und die rigorose Zurückweisung an der Grenze. Diese Maßnahmen könnten auch unsere Nachbarn dazu ermutigen, ihren eigenen Grenzschutz zu verstärken.

Die Migration hat unser schönes Sachsen verändert – und definitiv nicht zum Positiven. Die Masseneinwanderung ist aber kein unabwendbares Schicksal. Wir haben die Möglichkeit, diese Entwicklung zu stoppen. Es ist Zeit für die Asylwende!

Mario Beger,
Mitglied des Landtages



DEM WOHL DER STADT GROSSENHAIN - ODER DOCH NICHT GANZ?

Im April dieses Jahres wurde der Haushalt des Landkreises Meißen vom Kreistag verabschiedet. Was hat das mit unserer Stadt zu tun? Mit dem Haushalt wurde eine Erhöhung der Kreisumlage um 2 Prozent beschlossen, was bedeutet, dass die Stadt Großenhain zusätzlich weit über eine Million Euro an den Landkreis abführen muss. Diese Entscheidung reißt natürlich ein großes Loch in die Haushaltskasse. Die Hauptgründe für die Erhöhung liegen in den stetig steigenden Sozialausgaben des Landkreises, bedingt durch die illegale Massenmigration sowie die kontinuierliche Erhöhung der Verwaltungskosten. Was hat das mit unserem Oberbürgermeister zu tun? Sowohl Dr. Sven Mißbach als auch sein Stellvertreter Tilo Hönicke sind gewählte Kreisräte. In dieser Funktion haben sie beide für den Haushalt des Landkreises gestimmt, also für die Erhöhung der Kreisumlage und somit für die enorme Mehrbelastung ihrer Stadt.

Warum stimmt man als Oberbürgermeister und Stellvertreter gegen die Interessen der ei-

genen Kommune und beschwert sich in dann in den Stadtratssitzungen über die Erhöhung der Kreisumlage? Warum wird im Kreistag kein Veto eingelegt oder zumindest versucht, einen Kompromiss auszuhandeln?

Obwohl Großenhain finanziell noch auf soliden Füßen steht, werden die steigenden Ausgaben und die sinkenden Einnahmen zwangsläufig zu weniger Investitionen führen. Es besteht sogar die Gefahr von höheren Hebesätzen bei Grund- und Gewerbesteuern.

Leider gehört auch zur Wahrheit, dass die Erhöhung der Kreisumlage um 2 Prozent keineswegs zu einem ausgeglichenen Haushalt im Landkreis führen wird. Wie wird es weitergehen? Wird es im nächsten Jahr eine weitere Erhöhung um 3 bis 4 Prozent geben? Das bedeutet, die Kommunen werden massive Probleme bekommen.

Die AfD-Kreistagsfraktion hat diese Entwicklung erkannt und geschlossen gegen den Haushaltsentwurf gestimmt. Landkreise, Kommunen und letztendlich die Bürger dürfen nicht die Verlierer katastrophaler po-

litischer Fehlentscheidungen der Bundesregierung werden. Eine grundlegende Kurskorrektur ist notwendig, und der Druck muss von unten nach oben erhöht werden. Das erfordert auch Mut seitens der Bürgermeister, sich für die Interessen ihrer Stadt und deren Einwohnern einzusetzen, sich nicht wegzuducken und nicht zu versuchen, die Kosten einfach auf die Bürger und Unternehmer abzuwälzen. Die AfD-Stadtratsfraktion wird weder einer Erhöhung der Kitagebühren noch der Hebesätze oder anderer Belastungen zustimmen. Die Bürger werden bereits im nächsten Jahr mit genug finanziellen Herausforderungen konfrontiert, sei es durch die Erhöhung der Maut, der CO₂-Steuer, der Krankenkassenbeiträge, der Renten- und Pflegeversicherung, der Mehrwertsteuer in der Gastronomie oder dem Wegfall der Gas- und Strompreisbremse.

AFD-Stadtratsfraktion Großenhain

DIE „GRÜNE“ ENERGIEWENDE – IDEOLOGIE – AUSPLÜNDERUNG – UMWELTZERSTÖRUNG – LEBENSGEFAHR

Zu Gast beim November-Stammtisch in Großenhain war MdB Karsten Hilde, Klimapolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion. In seinem informativen Vortrag beleuchtete er die „Grüne“ Energiewende und sprach darüber, was uns der Umstieg auf erneuerbare Energien bringt und welche Folgen die sogenannte Energiewende schon jetzt auf unser Leben, den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Umwelt hat. Anschließend diskutierte er mit den zahlreichen Gästen interessante Fakten und Ausblicke in die Zukunft unserer Energieversorgung.

Fazit: Die „Grüne“ Energiewende kostet Unsummen und plündert Menschen und Unternehmen unter dem Deckmantel des Klimaschutzes aus. Würde es der Bundesregierung tatsächlich um Klima und CO₂-Reduzierung gehen, hätte sie nicht die letzten drei CO₂-freien Kernkraftwerke abgeschaltet. Windkraft- und Photovoltaikanlagen können herkömmliche Energiequellen nicht zuverlässig

ersetzen. Dies führt dazu, dass stillgelegte Kohlekraftwerke reaktiviert werden und Deutschland teuren Atomstrom aus dem Ausland importieren muss. Düstere Aussichten auch für die Stromkunden – seit der Energiewende ist der Strompreis von etwa 14 Cent auf durchschnittlich 40 Cent pro Kilowattstunde gestiegen. Dieser Anstieg wird durch das Einspeisegesetz für wetterabhängige Kraftwerke weiter befeuert, da Betreiber trotz Abschaltungen den vollen Kostenausgleich erhalten. Somit zahlen die Stromkunden doppelt – erst für nicht genutzten Strom und dann zu höheren Tarifen für tatsächlich verbrauchten Strom.

Mario Beger,
Mitglied des Landtages



WINDRÄDER IN DER KRITIK

Im Landkreis Meißen stehen derzeit 76 Windräder, 32 davon sind über 20 Jahre alt. Gemäß dem „Wind-an-Land-Gesetz“ müssen viele in den nächsten Jahren ersetzt und unzählige Windkraft-Monster neu gebaut werden.

Sind Windräder umweltfreundlich?

Windräder beeinträchtigen die Landschaft weit über ihre Grundfläche hinaus. Sie benötigen ca. 0,5 bis 1 Hektar, einschließlich der erforderlichen Infrastruktur wie Straßen, Brücken und Netzanbindungen. Bedenklich, wenn dafür wertvoller Wald gerodet wird, der der Atmosphäre CO₂ entnimmt, Sauerstoff produziert und die Umgebungstemperatur reguliert. Weitere negative Auswirkungen sind tödliche Kollisionen von Vögeln mit den Windrädern und die Vernichtung von jährlich 1.200 Tonnen Insekten laut dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt.

Produktion, Transport und Entsorgung der Baustoffe für ein einziges Windrad sind schon eine regelrechte Materialschlacht und verursachen alles andere als eine klimaneutrale und emissionsfreie Bilanz.

Das Windrad ist selbst auf eine externe Energieversorgung angewiesen. Steuerungselektronik, Generatorkühlung, Blattwinkelverstellung und Turmdrehung benötigen kontinuierlich Strom. Ohne externe Versorgung kann eine stillstehende Anlage nicht eigenständig wieder anlaufen und benötigt eine 100%ige Standby-Reserve aus fossiler Energie.

Der Abrieb der Rotorblätter setzt Dutzende Kilogramm Mikroplastik in Form von Splintern und Feinstäuben frei und diese gelangen über große Entfernungen in unsere Umwelt. Die Auswirkungen auf beispielsweise Trinkwasserreservoirs sind wenig erforscht.

Lassen sich Windräder recyceln?

Die Entsorgung alter Windräder ist eine große Herausforderung. Angefangen beim Fundament über den Turm, die Rotorblätter, Nabe und Gondel bis hin zum Getriebe sowie dem Schwefelhexafluorid (SF₆) gestaltet sich ein vollständiges Recycling nahezu unmöglich. Ältere Modelle von Rotorblättern aus glasfaserverstärktem Kunststoff (GFK), sind schwer wiederverwendbar und dürfen in Deutschland nicht auf Mülldeponien entsorgt werden. Die neueste Generation aus carbonfaserverstärktem Kunststoff (CFK) ist noch schwerer zu recyceln. Balsaholz, überwiegend aus Ecuador importiert, wird in den Flügeln mit den Kunststoffen fest verklebt und kann später kaum getrennt werden. Die Entsorgung der Fundamente, bestehend aus etwa 1300 Kubikmetern Beton und 180

Tonnen Stahl, wird hohe Kosten verursachen. Besonders problematisch ist das in Windrädern verwendete Treibhausgas SF₆. Es hat eine 23.500-mal stärkere Treibhauswirkung als CO₂ und benötigt etwa 3000 Jahre zur Zersetzung. Die Mengen von SF₆ in der Luft sind in Europa fast 50 Prozent höher als von Betreibern von Windrädern gemeldet. Studien deuten darauf hin, dass die Meldungen, besonders in Deutschland, ungenau und die Überwachung der Erfassung unzureichend sind.

Sind Windräder gesundheitsgefährdend?

Eine unterschätzte Gefahr für Mensch, Tier und Natur ist die Freisetzung von Glas- und Carbonfasern bei Havarien, wie etwa dem Bruch von Rotorblättern oder Bränden in Windrädern. Die Brandbekämpfung in großer Höhe ist schwierig und die krebserregenden Fasern können weite Gebiete kontaminieren. Diese als „Fiese Fasern“ bekannten Partikel können Lungentumore begünstigen. Eine von der Sächsischen Landesregierung beschlossene Flexibilitätsklausel erlaubt einen Mindestabstand von weniger als 1000 Metern zwischen neuen Windrädern und Wohnbebauung. Dadurch sind auch Häuser und Gärten dieser Gefahr ausgesetzt.

Ist Windenergie günstig?

Viele Windräder sind nur dank des deutschen Fördersystems überlebensfähig. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat einen wesentlichen Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit von Windenergieprojekten, indem es garantierte Einspeisevergütungen und andere finanzielle Anreize bietet. Sollten diese Subventionen wegfallen, würde sich wohl kaum noch ein Investor finden. Hinzu kommt: Der für die Nutzung der Windkraft erforderliche Netzausbau kostet einen dreistelligen Milliardenbetrag. Das alles wird auf den Steuerzahler und die Industrie abgewälzt. Unser Strom wird so immer teurer und teurer. Deutschland hat mitunter die höchsten Strompreise weltweit. Unternehmen, die wettbewerbsfähig bleiben möchten, können somit nur noch die Flucht ergreifen.

Energie muss konstant zur Verfügung stehen und darf nicht teurer oder knapp werden.

Die Kohle- und Kernkraftwerke, die wir jetzt abschalten, können das leisten. Ihnen verdanken wir unseren heutigen Lebensstandard. Die sogenannten erneuerbaren Energien dagegen haben nach zwei Jahrzehnten des forcierten Ausbaus nur gezeigt, dass sie unsere Energieversorgung teurer, aufwendiger und instabiler machen.

Sie sind nicht in der Lage, ein Industrieland wie Deutschland sicher mit Strom zu versorgen. In Deutschland muss die energiepolitische Debatte wieder technologieoffen geführt werden.

In den nächsten Jahren soll unsere sächsische Heimat mit mehreren hundert neuen Windrädern verschandelt werden. So sieht es die grüne Planwirtschaft vor, die federführend von der CDU betrieben wird. Fast täglich gibt es Meldungen über Firmen, die Flächen für neue Windräder suchen. Die Gemeinden Röderaue, Priestewitz, Ebersbach und Lampertswalde werden genannt, aber auch Ortsteile von Großenhain sind in den Fokus gerückt - Strauch, Uebigau, Nasseböhla, Treugeböhla, Skassa und Wilden-

Wir werden uns ganz Zerstörung unserer die Gesundheitsge- die Verspargelung schaft und gegen die giepolitik stellen.

klar gegen die Heimat, gegen fahren, gegen unserer Land- dümmste Ener-

Mario Beger,
Mitglied des
Landtages





GRÖDITZER STADTRAT GENEHMIGT PHOTOVOLTAIK-ANLAGE

Im Stadtrat Gröditz wurde beschlossen, auf einer Fläche von 21,5 Hektar eine Freiflächen-Photovoltaikanlage für das Stahlwerk zu errichten – das entspricht ungefähr der Größe von 43 Fußballfeldern. Diese Entscheidung wurde durch die ideologisch verfehlte Energiewendepolitik der etablierten Parteien herbeigeführt und führt nicht nur hier, sondern auch an anderen Orten zum Verlust wertvoller Agrarflächen.

Es ist wichtig, zwischen der theoretischen Nennleistung und der tatsächlichen Ist-Leistung solcher Anlagen zu unterscheiden. Die Ist-Leistung berücksichtigt Faktoren wie Nebel, Wolken, Nacht, Winter und den Alterungsprozess der Anlagen. Im Durchschnitt erzeugt ein Hektar Photovoltaikanlage in Deutschland etwa 400.000 kWh pro Jahr, was bei einer Fläche von 21,5 Hektar 8.600.000 kWh entspricht.

Um diese Menge in Relation zu setzen: Ein durchschnittlicher grüner Haushalt mit vier Personen verbraucht etwa 15.000 kWh pro Jahr für Allgemeinstrom, Wärmepumpe/Warmwasser und Aufladung E-Auto. Das bedeutet, dass die theoretische Energieerzeugung dieser Photovoltaikanlage den Bedarf von 573 Haushalten decken könnte oder das Stahlwerk in Gröditz für 34 Betriebstage im

Jahr versorgen würde.

Im Vergleich dazu könnten auf einem Hektar Ackerfläche etwa 5 Tonnen Weizen angebaut werden. Auf den geplanten 21,5 Hektar wären das 107,5 Tonnen, aus denen 3.977.000 Brötchen hergestellt werden könnten. Was für eine Sünde, was für ein Frevel, wertvolle Anbauflächen für solche Projekte zu versiegeln, besonders wenn dies für einen Zeitraum von möglicherweise 40 Jahren geschieht.

Es gibt noch viel mehr zu sagen über den unsinnigen Einsatz von grüner Energie, über die verfehlte „Energiewende“ in Deutschland. Der sogenannte Erntefaktor gibt Aufschluss darüber, wie viel tatsächlich nutzbare Energie nach Abzug aller aufgewendeten Energie für die Herstellung, den Betrieb, den Rückbau und die Entsorgung von Windrädern und Photovoltaikanlagen übrigbleibt. Dieser Faktor liegt nahe null, genauer gesagt bei 3, was dem Erntefaktor von Holz entspricht. Das bedeutet, dass wir uns bei der Energiegewinnung wieder ins vorindustrielle Zeitalter des 17. Jahrhunderts zurückversetzen würden. Wenn wir eine Energiewende ohne Atomkraft, Kohle und Gas anstreben, ist dies nur durch den Einsatz von Speichertechnologien wie Batterien und Wasserstoffumwandlung mit anschließender Rückverstromung mög-

lich. Doch allein bei letzterem gehen 70 Prozent der eingesetzten Energie verloren. Das Ergebnis ist wenig überraschend: Die Energiebilanz ist NEGATIV! Die fehlende Energie muss teuer von Atomkraftwerken und Kohlekraftwerken in anderen Ländern bezogen werden. Schilda lässt grüßen! Was für ein grüner Irrsinn!

Wir als AfD setzen uns für den Erhalt wertvoller Agrarflächen ein und fordern eine zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung. Deshalb müssen zuerst die stillgelegten Kernkraftwerke wieder ans Netz gehen!

Steffen Reck,
AfD-Stadtrat in Gröditz

AfD-Stammtisch in Gröditz

Termine für 2024:

Mittwoch, 24.01. / 28.02. / 27.03

Beginn: 19 Uhr

Ort: Gaststätte Sportlerheim,
Waldweg 3, 01609 Gröditz

GEMEINDERAT RÖDERAUE STELLT SICH QUER

Die Gemeinderatssitzung im Oktober wurde von zahlreichen Bürgern genutzt, um in der Bürgerfragestunde ihre Bedenken bezüglich des Planungsvorhabens für Windräder zwischen Frauenhain und Gröditz zum Ausdruck zu bringen.

Im September wurde das Thema vertagt. Unter dem Tagungsordnungspunkt 8 sollte der Gemeinderat nun über eine Voranfrage durch das Unternehmen PNE AG

entscheiden, damit diese mit der konkreten Planung beginnen könne. Es ist nicht die erste Firma, die Interesse an diesen Flächen gezeigt hat. Die Gemeinderäte beschlossen einstimmig, die Voranfrage abzulehnen.

Wir als AfD lehnen strikt ab, Windenergie- oder Photovoltaikanlagen auf fruchtbaren Ackerböden zu errichten. Eine vollständige Verhinderung wird erst möglich

sein, wenn sich der politische Wind endgültig in unsere Richtung dreht. Dennoch kämpfen wir weiterhin für den Schutz unserer schönen Röderaue, die von Naturschutzgebieten umgeben ist.

Christian Guhleemann,
AfD-Gemeinderat in Röderaue

SCHNEEWITTCHEN UND DIE DIVERSEN ZWERGE

Disney macht Werbung für ihre Neuauflage von „Schneewittchen und die sieben Zwerge“. Doch etwas ist anders als in den Verfilmungen davor. Es sind nicht mehr die sieben Zwerge, sondern die vier Zwerge und die drei kleinen Afrikaner. Was hat es damit auf sich? Wir finden die Verzerrung unserer traditionellen Überlieferungen sehr irritierend, zumal es sich hierbei um keine Einzelfälle mehr handelt. Weder in Hollywood noch auf den Streaming-Plattformen wie Netflix oder Disney, oder gar bei uns in den zwangsfinanzierten Öffentlich-Rechtlichen sieht man noch Filme ohne Afrikaner oder Transvestiten. In der Werbung ist es besonders auffällig. Ist das alles Zufall? Oder wird es vielleicht gesteuert? Und warum?

Oscars und der Diversitätszwang

Wenn man etwas forscht wird man sehen, dass es nicht nur dem Geschmack einzelner Regisseure entspringt, sondern dass es ganz klare Richtlinien gibt. Zum Beispiel sagen die Betreiber der sogenannten Oscars, einer beliebten Auszeichnung für Filme, dass diese nur noch vergeben werden an Filme, welche Diversitätskriterien erfüllen. Diese Kriterien sind unter anderem: Einer der Hauptschauspieler MUSS Nichtweiß sein. Oder Nebenrollen MÜSSEN mindestens zu 30% aus Frauen, Nichtweißen, Homosexuellen oder Behinderten bestehen, wenn sie Aussicht auf einen Oscar haben wollen. Ähnliche Auflagen gibt es bereits bei den Streaming-Diensten deren diverse Neuauflagen oder Weiterführungen

bekannter Klassiker meist vom Publikum mit gemischten Gefühlen aufgenommen werden (z.B. Schwarze Hobbits in „Herr der Ringe“). In der Werbung ist es besonders unsäglich. Weiße Männer dürfen in der Regel nur noch Werbung für Geschlechtskrankheiten machen, bei Werbung für z.B. Familienversicherungen oder -autos herrscht meist das Muster schwarzer Mann, weiße Frau vor. In den USA hat die Getränkefirma Anheuser-Busch einen Transvestiten für ihre Bierwerbung eingesetzt. Das Ergebnis ist ein Zusammenbruch von Verkäufen und Marktkapitalisierung. Die Menschen lehnen es also ab.

Warum wird das gemacht?

Die Ausrede ist ja immer, dass es darum geht, dass wir angeblich in einer diversen Welt leben und diese auch in Filme abgebildet werden soll. Aber Schneewittchen ist ein europäisches Märchen und kein afrikanisches. Es werden ja auch keine weißen Schauspieler in der Verfilmung afrikanischer Märchen eingesetzt. Es geht also um etwas anderes. Schauen wir nämlich mal in Historienfilme, dann sehen wir da, dass auch hier immer mehr weiße historische Figuren durch Nichtweiße ersetzt werden. Julius Caesar, Jean d'Arc, Mannerheim, ... Alles historische weiße Persönlich-

keiten die durch Schwarze ersetzt wurden. Auch in den europäischen Götter- und Heldensagen werden die Figuren durch Schwarze ausgetauscht. Heimdall, Bruder Tuck, Achilles, Zeus, ...

Es geht darum, Schritt für Schritt unsere europäische Identität auszulöschen, unsere gemeinsame Kultur, unsere gemeinsamen Märchen und Sagen, unsere gemeinsame Geschichte. Zielgruppe für diesen Schmutz sind nicht wir, sondern unsere Kinder. Sie sollen denken, es sei schon immer so gewesen, dass wir Fremde im eigenen Land waren. Sie sollen zu gesichtslosen, geschlechtslosen, grauen Konsumdrohnen erzogen werden, ohne Identität ohne Kultur, ohne Wurzeln, willenlos, immer dem Kapital von BlackRock und Co zur Verfügung.

Was kann man machen?

ÖR abschalten, Hollywood abschalten, Netflix abschalten. Und solange wir uns nicht aufraffen und eine Infrastruktur schaffen, um unsere eigenen Filme für uns zu machen, normale Filme, mit normalen Menschen, solange müssen wir uns damit abfinden, dass keine Filme mehr für uns gemacht werden.

Steffen Janich,
Mitglied des Bundestages

KREISTAG BESCHLIESST EINRICHTUNG EINER INTERNEN MELDESTELLE

Die aus moralischen Gründen wohl wichtigste Entscheidung in dieser Legislaturperiode – die Beschlussvorlage 23/7/0760. Damit wurde über die Einrichtung einer internen Meldestelle nach §12 in Verbindung mit §14 Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG) – im Volksmund Denunzianten Schutzgesetz genannt - entschieden, basierend auf der EU-Richtlinie 2019/1937.

Ein Gesetz, das weitreichende Auswirkungen auf alle Bereiche des privaten und gesellschaftlichen Lebens hat - Racheakte, Einschüchterung, Nachbarschaftsstreitigkeiten, Familienkonflikte, Rufschädigung usw. In der Geschichte diente Denunziantentum schon immer dem Machterhalt, ein besonderes Mittel, wenn die Macht der herrschenden Klasse schwindet. Beispiele in der deutschen Geschichte gibt es genügend, besonders in den letzten 90 Jahren. Kreisträte, die dieser Beschlussvorlage zugestimmt haben, scheinen bewusst geschichtliche Vorgänge verdrängt zu haben. Ihr Handeln wirkt verantwortungs-

los und offensichtlich ohne Überlegung. Es entsteht der Eindruck des vorauseilenden Gehorsams. Wenn man zu solchen politischen Mitteln greifen muss, entsteht der objektive Eindruck, dass bereits Endzeitstimmung eingesetzt hat.

Es steht zweifelsfrei fest, dass sich die Kreisträte, die zugestimmt haben, je nachdem, wie sich der zukünftige geschichtliche Verlauf in Deutschland entwickelt, nicht ihrer Verantwortung entziehen können. Der AfD-Fraktion ist es gelungen, eine namentliche Abstimmung zu bewirken und damit die verantwortlichen Kreisträte zu benennen. Das Abstimmungsergebnis ergab 48 Stimmen für die Beschlussvorlage; 21 Stimmen dagegen und drei Enthaltungen. Damit wird eine Personalstelle für die Meldestelle eingerichtet. Außerordentlich bedeutsam ist, dass der Denunziant datenschutzrechtlich geschützt ist und eine Beweislastumkehr besteht. Das heißt, der Beschuldigte muss beweisen, dass die Anschuldigungen nicht der Wahrheit ent-

sprechen, also tatsächlich falsch sind. Dies wird für den Betroffenen sehr schwer werden. In der Folge sind eine Verleumdungsklage sowie Schadenersatzklage ausgeschlossen.

Das Abstimmungsergebnis nach Fraktionen aufgeschlüsselt:

- CDU-Fraktion: 22 Zustimmungen, 1 Ablehnung, 2 Enthaltungen
- FDP-Fraktion: 5 Zustimmungen, 1 Enthaltung
- Freie Wähler-Fraktion: 6 Zustimmungen
- Linke-Fraktion: 7 Zustimmungen
- Grüne/SPD-Fraktion: 8 Zustimmungen
- AfD-Fraktion: 19 Ablehnungen (geschlossen)
- NPD (fraktionslos): 1 Ablehnung

Hat man nach etwa 30 Jahren alles schon vergessen?

Steffen Förster,
AfD-Kreisrat

RENTE MIT 70? GEHT'S NOCH?

Arbeiten bis zum Umfallen? Das scheint die Politik immer unverhohlener von den Bürgern zu fordern. Anfang Juli etwa verlangte der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU), die Deutschen sollen jeder Woche eine Stunde länger arbeiten und später in Rente gehen.

Besonders befremdlich ist es, wenn solche Forderungen aus dem Munde derjenigen kommen, die als Ministerpräsidenten oder Minister völlig unverschämte Luxusrenten sicher haben. Für Regierungspolitiker in Sachsen reichen beispielsweise drei Jahre für einen Anspruch auf ein „Ruhegehalt“ aus. Das ist unverschämte und dreist.

Beim über Rundfunk-Zwangsgebühren finanzierten öffentlich-rechtlichen Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) freute sich die scheidende Intendantin Carola Wille im Alter von 64 Jahren auf monatlich 18.000 Euro an Altersbezügen. Dafür müsste „Otto-Normalbürger“ 500 Jahre arbeiten gehen!

Die Regierung und die staatsnahen Organisationen sollten also erst einmal vor ihrer eigenen Tür kehren, ihre eigenen Luxus-Renten abschaffen, bei sich selbst den Gürtel enger schnallen, bevor sie solches von den Bürgern fordern.

Gerade beim Thema Rente merkt man: Die Altparteien machen keine Politik für die Deutschen, sondern gegen die Mehrheit der Deutschen!

Sowohl bei der Rentenhöhe als auch beim Eintrittsalter liegen wir im europäischen Vergleich weit hinten: Liegt in Deutschland die Rente bei knapp der Hälfte des letzten Gehalts – Tendenz fallend – beträgt sie in den Niederlanden 90%, in Österreich 87%

und in Dänemark 84%. Franzosen gehen mit 59 in Rente, auch in Slowenien, Rumänien, Italien und Griechenland können Bürger sehr früh in Rente gehen. Ermöglicht wird dies auch über Transferzahlungen aus Deutschland.

Mehrere Ökonomen sekundieren die Vorschläge aus der Politik. Unlängst forderte Veronika Grimm, Mitglied im Sachverständigenrat der Bundesregierung, dass die Deutschen später in Rente gehen sollen. Nach ihrer Berechnungsformel würde das Eintrittsalter automatisch auf 70 ansteigen. Hat die Ökonomin, deren Gehalt aus Steuermitteln finanziert – sprich von der arbeitenden Bevölkerung erwirtschaftet wird – keine besseren Ideen? Warum schlägt sie nicht vor, dem Akademisierungswahn ein Ende zu setzen?

Oder wie wäre es mit einem Konzept zur Harmonisierung des Renteneintrittsalters in der EU? Wenn Südeuropäer beispielsweise genauso lange wie Deutsche arbeiteten, wäre dies ein Beitrag zu mehr Rentengerechtigkeit!

Man könnte die oben genannten Vorschläge hinsichtlich des Renteneintrittsalters durchaus diskutieren, wenn - trotz einer Steuer- und Sozialabgabenlast jenseits der 50% - das Geld fehlen würde. Doch das Geld ist da – es wird nur an den falschen Stellen verschleudert: Hunderte Millionen für ideologische Umerziehungsprojekte, Milliarden für eine gescheiterte Asylpolitik, Billionen für eine vermeintliche Rettung des Klimas.

Also: Machen wir der illegalen Masseneinwanderung in die Sozialsysteme ein Ende, stoppen wir den Klimawahn nebst allen sozialistischen Experimenten!

So schaffen wir, was in anderen Ländern gelingt: eine Rente von 70, 80 oder gar 90% des letzten Gehalts - bei einem Eintrittsalter weit unter 70. Das Geld wäre da.

Jörg Urban,

AfD-Landesvorsitzender Sachsen



10 PUNKTE FÜR DEUTSCHLAND

SOFORTPROGRAMM EINER AFD-GEFÜHRTEN BUNDESREGIERUNG

Immer mehr Bürger erkennen, dass die Ampel-Koalition unser Land in den Ruin treibt. Um Deutschland aus der Krise zu führen, werden wir in Regierungsverantwortung die folgenden Maßnahmen zügig umsetzen:

1. **Deindustrialisierung Deutschlands stoppen**
2. **Mehr Freiheit, weniger Steuern für Bürger und Unternehmen**
3. **Verheerende Migrationspolitik sofort beenden**
4. **Unseren Sozialstaat retten**
5. **Deutschland wieder sicher machen**
6. **Für deutsche Interessen in einer multipolaren Welt**
7. **Eine starke Bundeswehr als Garant einer souveränen Nation**
8. **Familien stärken – Erziehungsarbeit belohnen**
9. **Gesundheitliche Eigenverantwortung stärken**
10. **Bildung ist Zukunft für Deutschland**

Detaillierte Informationen dazu unter <https://afdbundestag.de/10-punkte-fuer-deutschland/>



MARIO BEGER EINSTIMMIG ALS GROSSENHAINER AFD-DIREKTKANDIDAT FÜR DEN LANDTAG GEWÄHLT

Im Oktober wurde Mario Beger einstimmig zum Direktkandidaten für die Landtagswahl 2024 im Wahlkreis 37 (Meißen 2) gewählt, denn er genießt unser uneingeschränktes Vertrauen. In einer kämpferischen Rede sprach er über die Ziele der AfD und dankte der Großenhainer Regionalgruppe für ihre stetige Unterstützung.

Mario Beger ist seit 2014 Mitglied im Sächsischen Landtag. Bei der Landtagswahl 2019 erzielte er in seinem Wahlkreis das beste Ergebnis für die AfD in Sachsen. Nach der Wahl äußerte sich Mario Beger bewegt: „Ich freue

mich sehr über das Ergebnis. Es ist ein großer Vertrauensbeweis und Lob für die letzten Jahre, gleichzeitig aber auch ein großer Ansporn. Unser Ziel ist es, endlich wieder Politik für die Bürger in Sachsen zu machen“. Wir wünschen Mario Beger viel Erfolg im bevorstehenden Wahlkampf.

Regionalgruppe Großenhain

Einer der ersten Gratulanten war unser Bundesschatzmeister und Landtagsabgeordneter Carsten Hütter



PATRIOTEN ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! WIR BAUEN DAS NEUE EUROPA!

2024 finden wieder Wahlen zum „EU-Parlament“ statt. Ein Parlament, das wenig demokratisch handelt, das von einer nicht-gewählten „Europäischen Kommission“ unter Vorsitz von Ursula von der Leyen (CDU) dominiert wird und dass in großen Teilen dysfunktional und korrupt agiert. Die EU von heute ist aus sich selbst heraus nicht reformierbar, weder EU-Parlament noch EU-Kommission wollen etwas reformieren.

Ich habe von 2017-2021 dieses Schein-Parlament als Bundestagsabgeordneter im „Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union“ stets kritisiert und vor allem auf die demokratischen Defizite aufmerksam gemacht. Dies stieß auf ein Bollwerk aller anderen Parteien im Bundestag, die sämtlich Freunde der „EU“ sind und denen es gar nicht schnell genug gehen kann mit der Aufgabe deutscher Souveränität und der Unterordnung unter das Brüsseler-Regime.

Das muss ein Ende finden. Deshalb bewerbe ich mich nun als Kandidat für die EU-Wahlen. Diese „EU“ braucht einen Neustart als ein Bund souveräner Vaterländer. Weniger „EU“ von heute, ist die Substanz des Europas von morgen.

Und die Aufgaben sind riesig. Die „EU“ in der jetzigen Form ist unfähig, Probleme zu lösen. Vor allem die Probleme, für die Brüssel zuständig ist. Zum Beispiel der Schutz der „EU-Grenzen“ vor massenhafter, stetiger und illegaler Migration.

Das Schlüsselwort ist dabei Souveränität. Wir brauchen einen Bund souveräner europäischer Staaten. Wir brauchen aber vor allem ein Deutschland, das wieder souverän agieren kann. Und zwar auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.

Es muss damit Schluss sein, dass sich Deutschland im Rahmen der „EU“ unterordnen und eine Außenpolitik der „EU“ mittragen muss, die deutschen Interessen widerspricht. So ist die AfD klar gegen alle Sanktionen, die nur unseren deutschen Landsleuten und der deutschen Wirtschaft schaden. Wir sind klar gegen eine bedingungslose militärische Unterstützung der Ukraine, die eine immer größere Gefahr für unser Land bedeutet.

Es muss Schluss damit sein, dass Deutschland überall auf der Welt Soldaten hinschickt und damit auch die Interessen anderer Staaten schützt, statt unsere Bundeswehr erstmal ordentlich auszustatten, damit sie unsere Landesverteidigung leisten oder die deutschen Grenzen schützen kann.

Auch aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen müssen wir „Europa neu denken“. Es muss aufhören, dass deutsche Steuerzahler für andere EU-Länder haften. Die „EU“ ist inzwischen eine Transfer-Union und eine Schulden-Union geworden.

Die „EU“ muss wieder zu einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft werden, wo der Handel blüht, aber niemand dem anderen vorschreibt, was er produziert oder mit wem er Handel treibt. In diesem



Kontext braucht die „EU“ besonders gute Beziehungen zu China und zu den USA, aber auch wieder zu Russland.

Und schließlich brauchen wir aus kulturellen Gründen eine neue „EU“. Es gibt kein europäisches Volk mit einer europäischen Identität, sondern großartige Nationen mit eigenen Traditionen und Werten. Die von Brüssel propagierte Losung „Einheit in Vielfalt“ gilt ja nicht mehr. Ziel Brüssels ist der Einheitsstaat.

Aus wirtschaftlichen und auch aus kulturellen Gründen müssen wir jede EU-Erweiterung in Frage stellen. Die Türkei gehört eben nicht zu Europa.

Die nächste AfD-Delegation in Brüssel muss ein weiteres Kraftzentrum der Partei neben dem Deutschen Bundestag werden. Dazu möchte ich einen Beitrag leisten.

Die „EU“ von heute muss erstmal demokratisch werden. Und kann durchaus als Wirtschafts- und Interessengemeinschaft von souveränen Staaten Europas, auf neuer vertraglicher Grundlage, Bestand haben.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Alternative für Deutschland im Verbund mit unseren europäischen Partnern in der Lage sein wird, dass neue Europa zu bauen.

Geben Sie uns Ihre Stimme zur Europawahl 2024! Uns können Sie vertrauen!

Zur Person:

Siegbert Frank Droese,

54 Jahre, verheiratet, vier Kinder, Hotelkaufmann

Mitglied des Bundestages 2017-2021, Mitglied im „EU“-Ausschuss

Kandidat der AfD für die Europawahl 2024 (Listenplatz 11)



IM GESPRÄCH MIT DEN RADEBURGERN

Wenn Mario Beger, Mitglied des Landtages und selbst Stadtrat in Großenhain, mit einem Informationsstand in unserer Stadt ist, bietet sich uns die Gelegenheit, gemeinsam mit ihm den Radeburgern Rede und Antwort zu stehen. Es ist aufregend, da wir an einem Informationsstand anders wahrgenommen werden als beispielsweise während unserer Montagsspaziergänge. Das Interesse der Bürger ist sehr groß, und die Diskussionen reichen von Sorgen um unseren Wohlstand bis hin zu Bedenken bezüglich kriegerischer Konflikte sowie der Auswirkungen unkontrollierter Masseneinwanderung. Es besteht auch das Gefühl, dass die Stimme des Volkes nicht mehr gehört wird.

Für uns steht seit einiger Zeit fest, dass wir im kommenden Jahr für den Stadtrat von Radeburg kandidieren werden. Kommunalpolitiker sind das Gesicht einer Partei vor Ort und ihr Handeln und ihre Präsenz beeinflussen das Ansehen und der gesamten Partei. Diese Verantwortung ist uns bewusst. Um uns optimal vorzubereiten, nehmen wir seit einigen Monaten an den Sitzungen des Radeburger Stadtrats teil und haben schon zahlreiche Gespräche mit erfahrenen Kommunalpolitikern geführt. Dabei erhalten wir wertvolle Unterstützung von Mario Beger und seiner Großenhainer Stadtratsfraktion.

Sylvia Herberger,
Radeburg



HERZENSSANGELEGENHEITEN: GEMEINSAM FÜR EIN WENIG HOFFNUNG

In Deutschland, einem Land, das derzeit noch von einem gewissen Maß an Wohlstand und Fülle geprägt ist, fällt es leicht zu übersehen, dass nicht alle Menschen die gleichen Privilegien genießen. Armut bleibt eine Realität für viele, die täglich mit den Herausforderungen des Alltags kämpfen müssen. Seit einigen Jahren leisten die Unterstützer meiner Herzensangelegenheiten und ich einen bescheidenen Beitrag, indem wir nicht nur zu Weihnachten kleine Geschenke an Bedürftige verteilen. Wir möchten denjenigen, die es am dringendsten benötigen, ein Lächeln ins Gesicht zaubern und ein Gefühl von Wärme und Zugehörigkeit vermitteln. Jeder Beitrag, ob groß oder klein, macht einen Unterschied und gemeinsam können wir Menschen in Not ein wenig Hoffnung und Freude geben. Ihre Unterstützung bedeutet für uns und diejenigen, die wir erreichen, mehr, als Worte ausdrücken können:

Spendenkonto AfD Kreisverband Meißen

Ostsächsische Sparkasse Dresden

IBAN: DE89 8505 0300 0225 7351 56

BIC: OSDDDE81XXX

Verwendungszweck: Herzensangelegenheiten WK 37

Name und Adresse für Spendenquittung bitte angeben.

Mario Beger, Mitglied des Landtages

Impressum:

Herausgeber:

Mario Beger, Mdl
Dresdner Str. 7
01558 Großenhain
Telefon: 03522-5596 187
blauwahlkreispost@gmail.com
Mario Beger, Mdl
Druckhaus Scholz GmbH

Auflagenhöhe:

Ausgabe:

25.000 Stück

Nr. 6 / Januar 2024

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinngemäß zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers.

Mario Beger, Mdl

Web: www.mario-beger.de

Facebook: www.facebook.com/MarioBegerAfD

Telegram: t.me/mariobeger